

BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT EO.2020.1 vom 21. August 2020

Bs Sozialversicherungsgericht, 2020-08-21, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bs_sozialversicherungsgericht_EO.2020.1

FR: BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT EO.2020.1 du 21 août 2020

IT: BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT EO.2020.1 del 21 agosto 2020

Volltext

Sozialversicherungsgericht

des Kantons Basel-Stadt

Urteiler Präsidentin

vom 18. Dezember 2020

Parteien

A_____

[...]

Beschwerdeführer

B_____

[...]

Beschwerdegegnerin

Gegenstand

EO.2020.1

Einsprachentscheid vom 21. August 2020

Beschwerde abgewiesen. Kein Anspruch auf EO-Entschädigung gestützt auf die Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall aufgrund zu hohem Einkommens.

Die Präsidentin

Die Gerichtsschreiberin

Dr. A. PfeidererMLaw N. Marbot

Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen nach der Eröffnung der vollständigen Ausfertigung beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht werden (Art. 100 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht [Bundesgerichtsgesetz, BGG]). Die Beschwerdefrist kann nicht erstreckt werden (Art. 47 Abs. 1 BGG). Die Beschwerdegründe sind in Art. 95 ff. BGG geregelt.

Die Beschwerdeschrift ist dem Bundesgericht, Schweizerhofquai 6, 6004 Luzern, in dreifacher Ausfertigung zuzustellen. Die Beschwerdeschrift hat den Anforderungen gemäss Art. 42 BGG zu genügen; zu beachten ist dabei insbesondere:

- a) Die Beschwerdeschrift ist in einer Amtssprache abzufassen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift zu enthalten;

b) in der Begründung ist in gedrängter Form darzulegen, inwiefern der angefochtene Entscheid Recht verletzt;

c) die Urkunden, auf die sich die Partei als Beweismittel beruft, sind beizulegen, soweit die Partei sie in Händen hat, ebenso der angefochtene Entscheid.

Geht an:

Versandt am:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.